

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 89 (2014)
Heft: 3

Artikel: Münchener Konferenz im Zeichen der Konfrontation
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-715714>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 24.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Münchener Konferenz im Zeichen der Konfrontation

Vor 50 Jahren gründete der Widerstandskämpfer Ewald von Kleist in München die Wehrkundetagung. Aus ihr wurde die Münchener Sicherheitskonferenz, die jedes Jahr Persönlichkeiten aus Politik und Streitkräften vereint. Die Jubiläumsausgabe stand im Zeichen der Konfrontation zwischen Russland und den USA. Unversöhnlich prallten die Aussenminister Lawrow und Kerry zu Syrien und zur Ukraine aufeinander.

Namentlich zur Ukraine liess Sergej Lawrow nicht den geringsten Zweifel offen: Russlands Präsident Putin wird sich jeglicher EU-Ausdehnung in das alte sowjetische Gebiet hinein in aller Schärfe widersetzen.

Dieser Widerstand gegen Bestrebungen der Europäischen Union und des Nordatlantikpaktes gelte auch für Georgien und Weissrussland. Lawrow gab offen zu verstehen, dass die NATO-Osterweiterung der 1990er-Jahre der jetzigen russischen Führung ein Dorn im Auge ist.

Unterschwellig fühlt sich die wieder erstarkte Grossmacht Russland vom Westen verschaukelt.

In Moskau hält sich hartnäckig die Legende, die damaligen westlichen Herrscher hätten dem letzten Präsidenten der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, im Gegenzug zu dessen Ja zur deutschen Wiedervereinigung versprochen, die NATO dehne sich

nicht nach Osten aus. Die rasche Integration ehemaliger Ostblock-Staaten und der früheren baltischen Sowjetrepubliken stelle einen ungeheuerlichen Wortbruch dar.

380 Kilometer vor Moskau

In München warnte Aussenminister Lawrow speziell die Vereinigten Staaten vor weiteren Schritten des Westens in Richtung Kiew. Russland betrachtet die Ukraine mit ihrem starken russischstämmigen Bevölkerungsanteil als eigenes Glacis.

Vollends unvorstellbar wäre für die russische Führung ein NATO-Beitritt der Ukraine. Undiplomatisch merkte ein russischer Diplomat an: «Nie wieder dulden wir deutsche Panzer 380 Kilometer vor Moskau – das ist absolut ausgeschlossen.»

Die Amerikaner liessen sich nicht lumpen. In einem Doppelschlag wiesen Staatssekretär John Kerry und der Verteidigungsminister Chuck Hagel Lawrows

Angriffe zurück. Kerry erinnerte an seine Jugendjahre, als er seinen Vater in das geteilte Berlin begleitete und die ersten Jahre des Kalten Krieges erlebte.

Unter Berufung auf den Marshall-Plan, der Westdeutschland vor dem Kommunismus rettete, beschwor Kerry die transatlantische Freundschaft. Und er sicherte «den mutigen Menschen in der Ukraine, die aufgestanden sind für ihre Freiheit», Amerikas Unterstützung zu.

Nirgends wiegt der Kampf für Demokratie und Freiheit so schwer wie in der Ukraine. Die überwältigende Mehrheit der Ukrainer wolle in einem sicheren, prosperierenden Land leben: «Und sie haben sich erhoben für das Recht, sich mit denjenigen Partnern zu verbünden, von denen sie sich die Erfüllung ihrer Aspirationen erhoffen.»

Kerry wörtlich: «Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union stehen zum ukrainischen Volk.» Und an Russlands



John Kerry erwies sich wie am WEF in als begnadeter Redner.



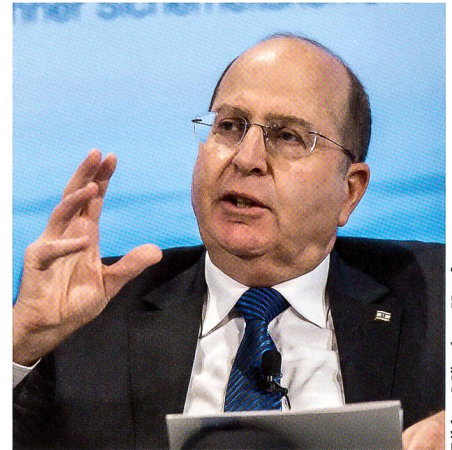
Kerrys Gegenspieler, der Russe Lawrow, hielt hart dagegen.



Prinz Turki al-Faisal bin Abdulaziz al-Saud vertrat Saudi-Arabiens Interessen.



Ex-Staatssekretär Kissinger und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen.



Ein Falke: Der israelische General und Verteidigungsminister Moshe Yaalon.

Bilder: München-Konferenz

Adresse: «Macht keine Fehler! Wir werden weiterhin kämpfen für unsere Werte und für unsere Interessen, sollten diese von irgendeinem Land in der Region verletzt werden. Präsident Obama lässt keinerlei Zweifel offen an unserer Verpflichtung.»

Unmittelbar nach Kerry doppelte Hagel in aller Schärfe nach. Er verwahrte sich gegen den Vorwurf, die USA zögen sich mitten in ihren innenpolitischen Konfrontationen aus der Welt und damit der Verantwortung zurück.

Gauck: Partner Deutschland

Der deutsche Bundespräsident Gauck stellte in seiner Eröffnungsrede die künftige Rolle Deutschlands in den Mittelpunkt.

Sicherheit bleibe die Existenzfrage, und das beste Deutschland, «das wir kennen», sei ein verlässlicher Partner in Europa und der Welt.

Der Kerngedanke der Rede war der Erkenntnis gewidmet, dass Deutschland ein Kerninteresse am existierenden Ordnungsgefüge habe und künftig auch sicherheitspolitisch stärker an der Gewährung von Stabilität arbeiten müsse, um ein noch besserer Partner und Alliiertes zu werden.

Von der Leyen: Mittragen

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen strich nach einem Jahrzehnt des deutschen ISAF-Einsatzes im Norden von Afghanistan hervor, dass die Stärke der multinationalen Zusammenarbeit nicht mehr allein auf Afghanistan zu beschränken sei.

Vor dem Hintergrund der europäischen Perspektive sollen künftig gemeinsame Planungen und gemeinsames Handeln verstärkt werden. Das bereits von der Vorgängerregierung eingeleitete Konzept der Ertüchtigung von Staaten, damit diese

ihre stabilisierende Funktion selbst wahrnehmen können, bleibt weiterhin vorrangige Intension militärischen Handelns.

Dies soll im Rahmen des *Framework-Nation*-Konzeptes geschehen, an dem Deutschland aktiv mitgestalten werde. Moralisch-ethischen Begründungen und einem neuen Verantwortungs- und Handlungsethos folgend, sei Abwarten und Gleichgültigkeit für Deutschland kein Weg.

Steinmeier: Äusserstes Mittel

Aussenminister Steinmeier formulierte Kernthesen. An erster Stelle wird ausgeführt, dass Deutschland bereit sein muss, sich sicherheitspolitisch früher, entschiedener, substanzieller und konkreter einzubringen.

Dabei bleibe der militärische Einsatz mit dem Grundsatz militärischer Zurückhaltung stets äusserstes Mittel. *fo. ■*

Palästina-Streit: Rien ne va plus, nichts geht mehr

Wohl gaben sich im «Bayerischen Hof» der palästinensische Unterhändler Saeb Erakat und die israelische Aussenministerin Livni formell die Hand.

Von einer Annäherung zwischen Israel und Palästina kann indessen nicht die Rede sein. Die wahre Position Israels vertrat nicht die recht gemässigte Zippi Livni, sondern der Falke Moshe Yaalon, gewesener Generalstabschef, Verteidigungsminister und enger Vertrauter von Premier Netanjahu.

Ungeachtet der neuen Friedensoffensive der amerikanischen Regierung, verharrten die entscheidenden Kräfte in starrer Ablehnung. In der israelischen Innenpolitik beherrscht die Rechte um den Likud-Chef Benjamin Netanjahu das

Feld. Solange im palästinensischen Lager von Gaza aus die mächtige Hamas die Richtung bestimmt, ist von Netanjahu kein Einlenken zu erwarten. Das machte General Yaalon in München überdeutlich.

Die Hamas war auf der Konferenz selbstverständlich nicht vertreten. Doch die Nahost-Experten sind sich einig: Erakat und seine korrupten Hintermänner repräsentieren Palästina nicht.

Zäh vertrat Prinz Turki al-Faisal die Interessen seines Staates Saudi-Arabien. Das Herrscherhaus der Sauditen beobachtet besorgt die amerikanischen Anstrengungen, in Sachen Erdöl autark zu werden. Saudi-Arabien befürchte, seine dominierende Stellung als Erdölreservoir Nummer 1 der Welt zu verlieren.

Der deutsche Michel

Zur Politik Deutschlands schreibt Clemens Wergin in der *Welt am Sonntag*:

«Angesichts der kritischen Lage ist es nicht mehr möglich, das reflexhafte deutsche Ohnmicheltum aufrechtzuerhalten. Wir können nicht innerhalb Europas als Supermacht auftreten und ausserhalb, dort, wo es wirklich schwierig wird, als selbstgenügsame Schweiz.

Und der Westen kann es sich einfach nicht mehr leisten, dass das wirtschaftsstärkste Land Europas ausserpolitisch an der Seitenauslinie bleibt. Die Partner hegen auch längst und zu Recht den Verdacht, der Verweis auf die deutsche Nazi-Geschichte diene oft nur als Vorwand, sich aus allem rauszuhalten.»